

Die Polizei ist nicht verpflichtet, Sie zu schützen – ein Bundesgericht hat das erneut bestätigt

Von [Ryan McMaken](#) | 20. Dezember 2018

Nach der Schießerei an der Marjory Stoneman Douglas High School in Parkland, Florida, im Februar diesen Jahres behaupteten einige Schüler, dass die örtlichen Behörden schuld seien, weil sie den Schülern keinen Schutz geboten hätten. Die Schüler reichten Klage ein und nannten sechs Beklagte, darunter den Browarder Schulbezirk, die [Polizei von Broward](#) sowie den Schulpolizisten Scot Peterson und die Campusaufsicht Andrew Medina.

Am Montag entschied jedoch ein Bundesrichter, dass die Behörden „[keine verfassungsmäßige Pflicht hatten, Schüler zu schützen, die sich nicht in Gewahrsam befanden](#)“.

Diese jüngste Entscheidung fügt sich in die wachsende Rechtsprechung ein, die besagt, dass staatliche Stellen – einschließlich Polizeibehörden – [nicht verpflichtet sind, den Bürgern generell Schutz zu gewähren](#):

„Weder die Verfassung noch das jeweilige Recht eines Bundesstaats verpflichten Polizeibeamte oder andere Regierungsvertreter generell dazu, einzelne Personen vor Schaden zu bewahren – selbst wenn sie wissen, dass der Schaden eintreten wird“, sagte Darren L. Hutchinson, Professor und stellvertretender Dekan an der University of Florida School of Law. „Die Polizei kann zusehen, wie jemand Sie angreift und sich trotzdem weigern, einzugreifen, ohne gegen die Verfassung zu verstoßen.“

Er betont, dass der Oberste Gerichtshof wiederholt entschieden hat, dass die Regierung nur die Pflicht hat, Personen zu schützen, die sich „in Gewahrsam“ befinden.

Ferner sind die Schüler nicht „in Gewahrsam“, auch wenn der Staat Florida ein Schulpflichtgesetz hat:

„Die Gerichte haben das Argument zurückgewiesen, dass die Schüler im Gewahrsam der Schulbehörden sind, solange sie sich auf dem Schulgelände befinden“, sagte Hutchinson. „Gewahrsam ist eng auf Situationen beschränkt, in denen eine Person ihre Freiheit verliert, sich frei zu bewegen und selbst Hilfe zu holen – wie zum Beispiel in Gefängnissen oder psychiatrischen Einrichtungen.“

Hutchinson hat Recht.

Der Oberste Gerichtshof der USA hat klargestellt, dass die Strafverfolgungsbehörden nicht verpflichtet sind, die Bürger zu schützen, welche gezwungen sind, die Polizei für ihre „Dienste“ zu bezahlen.

In den Fällen *DeShaney vs. Winnebago* und *Town of Castle Rock vs. Gonzales* hat der Oberste Gerichtshof entschieden, dass die Polizeibehörden nicht verpflichtet sind, den Schutz der Bürger zu gewährleisten. Mit anderen Worten: Die Polizei hat durchaus das Recht, selbst zu bestimmen, wann sie zum Schutz des Lebens und des Eigentums anderer eingreift – selbst wenn eine Bedrohung offensichtlich ist.

In beiden Rechtsfällen wurden eindeutige und wiederholte Drohungen gegen die Sicherheit von Kindern gemacht – aber die Behörden beschlossen, nichts zu unternehmen.

Die Betrachtung dieser Tatsachen führt aber nicht *zwangsläufig* zu der Schlussfolgerung, dass die Strafverfolgungsbehörden irgendwie für jede von Privatpersonen begangene Gewalttat einstehen müssen.

Diese Realität widerlegt jedoch die oft aufgestellte Behauptung, dass die Polizeibehörden die Steuergelder und den Gehorsam der Bürger verdienen, weil die Behörden „für unsere Sicherheit sorgen“.

Nichtsdestotrotz wird uns gesagt, dass es hier eine Vereinbarung – einen „Gesellschaftsvertrag“ – zwischen Regierungsbehörden und den Steuerzahlern und Bürgern gibt.

Und da es sich um einen Vertrag handelt, sollen wir glauben, dass dies auf Gegenseitigkeit beruht. Die Steuerzahler müssen sich einem staatlichen Gewaltmonopol unterwerfen und diesen Behörden Steuern zahlen.

Im Gegenzug erbringen diese staatlichen Stellen Dienstleistungen. Im Falle der Polizeibehörden werden diese Dienstleistungen durch den Satz „um zu schützen und zu dienen“ [“to protect and serve”] zusammengefasst – ein Motto, das in den letzten Jahrzehnten von zahlreichen Polizeibehörden übernommen wurde.

Aber was passiert, wenn diese Polizeibehörden nicht schützen und dienen? Das heißt, was passiert, wenn eine Partei in diesem angeblichen Gesellschaftsvertrag ihren Teil der Abmachung nicht einhält?

Die Antwort lautet: sehr wenig.

Die Steuerzahler müssen weiterhin ihre Steuern zahlen und sich den Polizeibehörden als rechtmäßigen Behörden unterwerfen. Wenn diese Behörden oder einzelne Beamte aufgrund von Gerichtsverfahren zu einer Geldzahlung gezwungen werden, werden die Steuerzahler auch dafür aufkommen müssen.

Sicher, die obersten Führungspositionen mögen sich ändern, aber die enormen Budgets dieser Behörden werden bestehen bleiben, die Beamten selbst werden weiterhin großzügige Gehälter und Renten beziehen und keine Regierung wird ihr Gewaltmonopol aufgeben.

Lesen Sie weiter:

- [Die Polizei hat die Belagerungssituation bei der Schießerei in Uvalde vermässelt. Jetzt wollen Waffenkontrolleure der Polizei mehr Befugnisse geben](#)
- [Ein Polizist in Colorado wurde zu fünf Jahren Haft verurteilt, weil er einer alten Dame den Arm gebrochen und darüber gelacht hat.](#)
- [Polizeibeamte drohen zu kündigen, wenn die Öffentlichkeit weiterhin eine Rechenschaftspflicht einfordert](#)
- [Polizei: Wir sind die Experten – wagen Sie es nicht, uns zu kritisieren](#)
- [Die fehlende Rechenschaftspflicht der Polizei zeigt, dass der „Gesellschaftsvertrag“ nicht funktioniert](#)
- [Das Problem mit „Tu einfach, was die Polizei sagt, dann passiert dir nichts“](#)

Den amerikanischen Originalartikel „**Police Have No Duty to Protect You, Federal Court Affirms Yet Again**“ kann man hier abrufen: <https://mises.org/power-market/police-have-no-duty-protect-you-federal-court-affirms-yet-again?page=2>

Übersetzung: Juli 2023